

haben, die Fachzeitungen für ihre Inserate gesperrt werden“,

ist erledigt, weil mit der Anerkennungsstelle und Ausweiskarte berücksichtigt.

Antrag 5: „Auf der nächsten Reichstagung die Neuwahl sämtlicher Kommissionen auf die Tagesordnung zu setzen“, ist erledigt, indem sämtliche Ausschüsse neugewählt wurden.

Antrag 6: „Der Protest gegen die Festsetzung der Gewerbesteuer“

ist jedenfalls sehr zu empfehlen. Aber es ist erfreulicherweise bis zu den Ohren der leitenden Stellen durchgedrungen. Es ist eine Verordnung des Ministers herausgekommen, dass keine Gemeinde mehr Gewerbesteuersätze festsetzen kann, ehe sie nicht vorher die Handels- und Handwerkskammern gütlich gehört hat. Dies ist jedenfalls schon ein grosser Erfolg.

Kerkhoff (Neuwied): Unser Protest stützt sich in der Hauptsache auf die Erfahrung, dass die Betriebe einfach geschätzt werden, ohne jeden Unterschied. Dies ist eine Ungerechtigkeit, die nicht scharf genug gerügt werden kann. Wir wissen alle, dass wir Steuern zahlen müssen, aber wir wollen dahin wirken, dass die Gewerbesteuer auf einer gerechten Grundlage erhoben wird.

Kochendörffer, Vorsitzender: Wir werden diesen Antrag an den Reichsverband des deutschen Handwerks weiterleiten.

Antrag 7: „Die Uhrmacherzwangsinnung Königsberg beantragt die einheitliche Regelung der Gläser- und Zeigerpreise.“

Die Zeit ist zur Behandlung dieses Antrages zu kurz. Wenn Sie gestatten, wird der Vorstand sich mit dem Antrag befassen und Ihnen einen entsprechenden Beschluss unterbreiten.

Ergebnis der Abstimmung über den nächsten Tagungsort.

Kochendörffer, Vorsitzender: Es sind abgegeben worden: Für Hannover 567 Stimmen, für Wiesbaden 269 Stimmen, für Stettin 10 Stimmen. Demnach ist Hannover zum nächstjährigen Tagungsort gewählt.

In Hannover, der Stadt im Mittelpunkt, im Herzen Deutschlands möchte ich sagen, in der Nähe von Hamburg und Hildesheim, wird es uns recht gut gefallen. Hannover hat auch sehr schöne Räume in seiner Stadthalle. Wir werden uns dort wohlfühlen; die Kollegen in Hannover werden den Stuttgartern nacheifern. Wenn sie es gerade so machen (Zuruf: Wird noch besser!), sind wir zufrieden.

(Fortsetzung folgt.)

Tagung des Verbandes Deutscher Uhrengrossisten in Eisenach am 22. Oktober 1921.

Der diesjährige Verbandstag war ausserordentlich gut besucht. Genau wie der Uhrmacher, so empfindet auch der Grosshändler das dringende Bedürfnis, sich auszusprechen. Man wusste, dass die Fabrikanten mit einem neuen Preisaufschlag kommen würden. Als jedoch die Ankündigung eines 50 prozentigen Aufschlages kam, herrschte überall Bestürzung, denn jedem musste es sofort klar sein, dass ein derartiger Aufschlag für geraume Zeit das deutsche Geschäft vollständig totmachen würde. Die Begründung dieses Aufschlages wurde von Herrn Landenberger gegeben. In der Aussprache wurde von seiten des Vorstandsmitgliedes des Zentralverbandes, Herrn W. Quentin, Halle (Saale), nachdrücklich darauf hingewiesen, dass mit diesem Preisaufschlag der Absatz von Uhren innerhalb Deutschlands, soweit nicht Geschäfte mit Auslandskundschaft in Frage kämen, unmöglich sei. Die Industrie müsse Mittel und Wege finden, um für das Ausland höhere Preise festzusetzen, da wir sonst vollständig ausgekauft würden. Der deutsche Markt wird durch die Gleichstellung der Auslands- und Inlandspreise von Waren entblösst, ausserdem ist eine Preissteigerung die Folge, die für den deutschen Markt unerträglich ist. In letzter Zeit habe man auch die Beobachtung machen können, dass die Lieferungen aufhörten. Er bittet dringend die Uhrenindustrie, den deutschen Markt genügend zu beliefern, damit nicht die Verhältnisse eintreten, wie wir sie vor 2 Jahren gehabt hätten.

Die Gleichsetzung der Auslands- mit den Inlandspreisen wurde von seiten der Fabrikanten damit begründet, dass bei verschiedener Preisstellung der Schieberhandel sofort einsetzen würde. Man habe vor 2 Jahren die Beobachtung machen können, dass viele Uhrmacher grosse Posten an das Ausland abgegeben hätten. Gegen diesen Vorwurf verwahrten sich die Vertreter des Zentralverbandes ganz entschieden. Die Schieber seien ganz wo anders, den Uhrmachern wäre dazu gar keine Gelegenheit geboten. Es wäre ein leichtes, nachzuweisen, wer auf Grund der anonymen Anzeigen in der „Frankfurter Ztg.“ und „Kölnischen Ztg.“ Angebote machte. Dem Grosshandel und der Fabrikation sei die Möglichkeit gegeben, den Bezug der Uhrmacher dort, wo er im augenblicklichen Missverhältnis zu dem bisherigen Verbrauch stände, zu rationieren. Von einigen Herren aus dem besetzten Gebiet wurden nähere Erläuterungen gegeben, aus denen hervorging, dass aus dem besetzten Gebiet die Uhren einzeln von den Ausländern aus den Geschäften herausgeholt würden.

Dagegen sei man völlig machtlos, da die Uhrmacher durch die Wuchergesetzgebung in ihrer Kalkulation Beschränkungen unterworfen seien. Die Unhaltbarkeit dieser Wucherbestimmungen sei jetzt deutlicher als je. Soll der Einzelhandel daran nicht völlig verbluten, so muss eine Aenderung herbeigeführt werden. Von den Vertretern des Zentralverbandes konnte mitgeteilt werden, dass gegenwärtig umfassende Massnahmen von seiner Seite durch die Preisschutzkommission in dieser Richtung eingeleitet seien.

Zum Schluss der Aussprache über die Preisaufschläge gaben die Grossisten die Erklärung ab, die bereits erfolgten Bestellungen noch zu den bisherigen Preisen auszuführen.

Die Fabrikanten erklärten gleichfalls gegenüber den Grossisten, die Verhältnisse in jeder Hinsicht berücksichtigen zu wollen.

Die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, wie sie in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses beschlossen waren, wurden einstimmig angenommen. Bezüglich des Schiedsgerichts fand ein Vorschlag Billigung, in dem die Besetzung des Schiedsgerichts je nach der Parteigruppierung geregelt werden soll. Die Formulierung wird Herrn Dr. Hillgenberg gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Felsing übertragen. Die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses soll einen endgültigen Beschluss fassen.

Vom Geschäftsführer des Zentralverbandes wurde das System der Ausweiskarten näher erläutert. Der Grossistenverband stellt sich vollkommen auf den Standpunkt der Uhrmacher und ist in jeder Beziehung bereit, die Einrichtung der Ausweiskarten zu unterstützen.

In einer sehr interessanten Aussprache über die Anerkennungsstelle wurde festgestellt, dass die Herren Grossisten mit den vom Geschäftsführer des Zentralverbandes vorgelegten Richtlinien übereinstimmen. Es wurde die Notwendigkeit der Reinigung des Gewerbes allseitig anerkannt. Ein geschlossenes Zusammenarbeiten der Gruppen Uhrmacher, Grosshändler und Fabrikanten sei durchaus notwendig und auch auf dem hier gezeigten Wege möglich. Der Vorstand des Zentralverbandes wird in allernächster Zeit mit dem Vorstand des Grossistenverbandes in nähere Beratungen treten, damit die Anerkennungsstelle so gefördert ist, dass sie in der Ausschusssitzung des Zentralverbandes, in der zweiten Hälfte des Januar 1922, beschlossen werden kann.